



Landesverteidigungsakademie
Wien

SERBIEN NACH DEN WAHLEN: FORTSETZUNG DES REFORMKURSES ODER RÜCKFALL IN ALTE POSITIONEN?

Predrag Jureković

Die im Mai durchgeführten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen haben die Machtverhältnisse in Serbien grundlegend verändert: Der bisherige verlässliche Partner der EU, Boris Tadić, verlor das Präsidentenamt an seinen national-konservativen Herausforderer Tomislav Nikolić. Bei der Regierungsbildung zeichnet sich eine Koalition aus den Nachfolgeparteien der Milošević-Sozialisten und der früheren Nationalisten ab. Trotz ihrer Beteuerung, den pro-europäischen Weg weiter gehen zu wollen, begegnen die Nachbarn Serbiens den dortigen politischen Veränderungen mit großer Skepsis. Eine konsequente Konditionalitätspolitik der EU gegenüber Serbien gewinnt erneut an Bedeutung.

Tadić und Nikolić als Hauptkontrahenten

Am 6. Mai wurden in Serbien die erste Runde der Präsidentschaftswahlen, die Parlamentswahl, die Kommunalwahlen sowie die Wahl des Parlaments der autonomen Provinz Vojvodina abgehalten. Im Zentrum der Aufmerksamkeit standen die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Der bisherige serbische Präsident und Parteivorsitzende der „Demokratischen Partei“ (DS), Boris Tadić, lieferte sich mit seiner Liste „Wahl für ein besseres Leben“ ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit Tomislav Nikolić und seiner Liste „Bewegen wir Serbien“. Auch bei den Wahlen 2008 waren sich der „Pro-Europäer“ Tadić und der damals noch betont nationalistisch und EU-kritisch

ausgerichtete Nikolić als Haupttrivalen gegenübergestanden. Nikolić verlor damals knapp sowohl die Präsidentschafts- als auch die Parlamentswahl gegen Tadić. Danach trennte sich Nikolić von der extrem nationalistischen „Serbischen Radikalen Partei“ (SRS), gründete mit anderen Abtrünnigen aus der SRS die „Serbische Fortschrittspartei“ (SNS) und versuchte ein pro-europäisches Image aufzubauen. Im Mittelpunkt der diesjährigen Wahlkampagnen von der DS und SNS stand deshalb nicht mehr die Frage für oder gegen die EU, sondern nach der Überwindung der sozialen und ökonomischen Krise. Anders als bei früheren serbischen Wahlen gab es diesmal auch keine direkte politische Unterstützung von EU-Repräsentanten für

IFK Monitor
Juli 2012

Tadić. Allerdings misstrauen viele westliche Politiker noch immer der politischen Wandlung von Nikolić vom nationalistischen Saulus zum pro-europäischen Paulus und würden eine weitere Regierungsperiode unter der Führung der DS sowie Tadić als serbischen Präsidenten bevorzugen.

Gemäßigter Wahlkampf

In den Denkweisen der kriegerischen 1990er Jahre blieb im Wahlkampf nur die nationalistische SRS verhaftet. Sie tritt noch immer offen für großserbische Ziele ein, will eine enge Partnerschaft mit Russland aufbauen und spricht sich gegen den EU-Beitritt Serbiens aus. Etwas gemäßiger agierte die national-konservative „Demokratische Partei Serbiens“ (DSS). Ihr Parteivorsitzender, der frühere Premierminister Vojislav Koštunica, ist ein Verfechter der Neutralität Serbiens und möchte zur EU, zu den USA und China sowie Russland „gleich gute“ kooperative Beziehungen aufbauen. Den Beitritt seines Landes zur EU lehnt Koštunica mit der Begründung ab, in der Kosovofrage „nicht erpressbar“ sein zu wollen. Für eine konsequent pro-europäische Politik „ohne wenn und aber“ treten die Liberaldemokratische Partei (LDP) und ihre Parteienallianz „Wende“ (Preokret) ein. Die LDP kritisierte die DS in der Vergangenheit wegen der, ihrer Meinung nach, zu wenig mutigen Kosovopolitik. Das Thema der stärkeren Berücksichtigung der Stellung der serbischen Regionen wurde in der Wahlkampagne insbesondere durch die neue Partei „Vereinte Regionen Serbiens“ (URS) thematisiert. Unter dem alten Parteinamen G17 waren URS-Politiker an der letzten Regierung beteiligt gewesen.

Sozialisten als Königsmacher

Zum politischen Königsmacher hat sich seit den Wahlen von 2008 die Sozialistische Partei Serbiens (SPS) entwickelt. Die frühere Partei von Slobodan Milošević ist unter seinem

Nachfolger Ivica Dačić zu einem anerkannten Koalitionspartner für die DS geworden. Dačić bekennt sich zwar grundsätzlich zur europäischen Integration Serbiens und zur regionalen Zusammenarbeit. Der bisherige Innenminister gefällt sich aber zunehmend in der Rolle des „harten Machers“. In der Wahlkampfzeit ließ er unter dem Verdacht, sie wären 2001 an terroristischen Aktivitäten beteiligt gewesen, medienwirksam mehrere Albaner in Südserbien verhaften. In Bezug auf die Kosovofrage gebärdet sich Dačić zuweilen als Falke, der einmal der kosovarischen Regierung mit dem serbischen Einmarsch droht, ein anderes Mal die Aufteilung des Kosovo zwischen Serbien und Albanien vorschlägt.

Wahlen auch im Kosovo

Nach politischen Interventionen der EU stimmte die kosovarische Regierung zu, dass die serbischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen auch im Kosovo abgehalten werden durften. Bedingung dafür war ihre organisatorische Überwachung durch die OSZE, worüber Anfang Mai eine grundsätzliche Übereinkunft erzielt werden konnte. Wegen des erhöhten Gefahrenpotenzials verstärkten 550 deutsche und 150 österreichische Soldaten als „taktische Reservekräfte“ die 6200 Soldaten starke KFOR-Truppe während der serbischen Wahlen. Die Durchführung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen lief im Kosovo ohne Probleme ab, trotz angekündigter Proteste der radikalen kosovarischen Oppositionspartei Vetëvendosje. Einige serbische Bürgermeister von Gemeinden im Nordkosovo hielten sich aber nicht an die von der EU vermittelte Abmachung zwischen Belgrad und Prishtina/Priština. Sie hielten neben den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen auch Lokalwahlen ab.

Wahlresultate

Beiderersten Runde der Präsidentschaftswahl

erzielten Tadić und Nikolić mit 25,3% bzw. 25,1% die besten Ergebnisse von allen Kandidaten und qualifizierten sich für die Stichwahl am 20. Mai. Diese ging zur allgemeinen Überraschung zu Gunsten des Herausforderers Nikolić aus. Von den abgegebenen Stimmen entfielen 49,54% auf den national-konservativen Politiker, auf Tadić 47,31%. Bei der Parlamentswahl platzierte sich Nikolićs Parteienbündnis mit 73 Mandaten vor Tadićs Liste. Sie erreichte 67 Mandate. Das um die SPS gebildete Parteienbündnis konnte mit 44 Sitzen ihre Mandate gegenüber 2008 mehr als verdoppeln. Auf das Parteienbündnis der LDP entfielen 19 Mandate. Koštunicas DSS erreichte 21 Mandate. 16 Mandate erhielt die Regionalpartei URS. Der Rest der insgesamt 250 Mandate entfiel auf Parteien der ethnischen Ungarn, Bosniaken und Albaner. Den Einzug in das Parlament verfehlte die SRS. Die Wahlbeteiligung lag bei den Parlamentswahlen bei 58%.

Enttäuschung von bisherigen Reformen

Serbische Experten interpretieren den Sieg von Nikolić bei der Präsidentschaftswahl und das gute Abschneiden seiner national-konservativen Partei SNS in erster Linie nicht als Rückfall Serbiens in den Nationalismus der 1990er Jahre, sondern als einen Akt der sozialen Frustration immer ärmerer Bevölkerungsschichten. Die relativ geringe Wahlbeteiligung ließ erkennen, dass die Serben mit den bisherigen Reformen der pro-europäischen Regierung unter der Führung der DS nicht besonders zufrieden waren. Der DS wird vorgeworfen, zu wenig gegen die hohe Arbeitslosigkeit (>20%) unternommen zu haben. Außerdem galten einige ihrer Schlüsselfunktionäre als abgehoben und korruptionsanfällig. Nikolić und die Funktionäre der SNS werden im Unterschied dazu von vielen Serben als „volksnahe“ perzipiert. Mit seiner politischen Kurskorrektur, sein lange Zeit prägendes nationalistisches Image durch eine pro-europäische ersetzt zu haben,

wurde Nikolić auch für politisch gemäßigte Serben wählbar.

Die EU zeigt sich bereit, auch mit Nikolić als Präsidenten zusammenarbeiten zu wollen, fordert aber die weitere strikte Umsetzung ihrer Konditionalitätspolitik, falls Serbien im Beitrittsprozess Fortschritte erzielen will. Dazu gehören insbesondere die Fortführung des Dialogs mit Prishtina/Priština und kooperative Beziehungen mit den übrigen Nachbarn in der Region. Der am 11. Juni inaugurierte serbische Präsident Nikolić bekräftigte in ersten Gesprächen mit EU-Repräsentanten, dass Belgrad auch unter seiner Präsidentschaft den unter Brüsseler Vermittlung stattfindenden Dialog mit der kosovarischen Seite fortsetzen wird. Auch gegenüber den südslawischen Nachbarn wolle er den konstruktiven Kurs seines Vorgängers übernehmen. Wegen umstrittener Aussagen von Nikolić zum Kroatien- und Bosnienkrieg bestehen in den Nachbarländern aber weiterhin große Zweifel, ob Nikolić, wie zuvor Tadić, glaubwürdig für die regionale Aussöhnung eintreten wird.

Regierungswechsel zeichnet sich ab

Für politische Beobachter überraschend brachen Tadićs DS und Dačićs Sozialisten Ende Juni die Koalitionsverhandlungen ab und beendeten damit auch ihre seit 2008 bestehende strategische Partnerschaft. Ausschlaggebend war wohl der Lockruf der von Nikolić gegründeten national-konservativen SNS gewesen, Dačić bei einem Koalitionswechsel das Amt des Premierministers zu überlassen. Nachdem Tadić als Mandatar für die Bildung der neuen Regierung zurückgetreten war, erteilte Nikolić Dačić den Auftrag eine parlamentarische Mehrheit sicherzustellen. Die politischen Signale von Anfang Juli ließen eine Koalition aus den Sozialisten, der SNS und der auf Regionalthemen fokussierten Partei URS als wahrscheinlichste Kombination für die Regierungsbildung erscheinen. Sollte es

Amtliche Publikation der Republik Österreich
Bundesminister für Landesverteidigung und Sport

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, BMLVS,
Roßauer Lände 1,
1090 Wien

Redaktion:
BMLVS, Landesverteidigungsakademie Wien,
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
Stiftgasse 2a, 1070 Wien
+43 (0) 50201 10 28700
lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Redakteur:
Predrag Jureković

Erscheinungsjahr:
2012

Druck:
HDdruckZ-AST Stift
xxxx/12

dazu kommen, wäre die neue Regierung seit der politischen Wende im Jahr 2000 die erste, in der Nachfolgeparteien der Milošević-Sozialisten und der Nationalisten aus den 1990er Jahren wieder politisch tonangebend wären. Naturgemäß kommen Zweifel am politischen Kurs einer solchen „patriotischen Koalition“ auf. Aus EU-Sicht fällt zumindest positiv auf, dass Koštunica betont EU-kritische DSS von den relevanten politischen Akteuren in Serbien bisher nicht in ihre Koalitionsoptionen mit einbezogen wurde.

Auswirkungen auf die regionalen Beziehungen

Die Übernahme des Präsidentenamts durch Nikolić und die sich abzeichnende „patriotische“ Regierungskoalition wird dem Prozess der Normalisierung der Beziehungen Serbiens zu den Nachbarn zumindest nicht hilfreich sein. Tadić hat als serbischer Präsident in enger Abstimmung mit dem kroatischen Präsidenten Ivo Josipović in der Region sehr wichtige Impulse zur Aussöhnung gesetzt. Nikolić ist eine solche pro-aktive Rolle im Friedensprozess weit weniger zuzutrauen als Tadić. Insbesondere in Zagreb und in Sarajevo begegnet man Nikolić wegen seiner politischen Vergangenheit an der Seite des großserbischen Nationalisten Vojislav Šešelj mit Misstrauen. Auch seine Versuche, sich mehr oder weniger glaubwürdig als pro-europäischer Politiker zu präsentieren, der die regionale Kooperation fördern will, haben daran vorläufig nichts geändert. Speziell an seiner Haltung gegenüber dem noch nicht konsolidierten Staat Bosnien und Herzegowina und gegenüber dem noch sehr fragilen Dialog in der Kosovofrage wird Nikolićs tatsächliche oder vermeintliche „politische Kehrtwende“ überprüft werden.

Empfehlungen

- Die Fortsetzung der regionalen Kooperation und Aussöhnung stellt

den wichtigsten außenpolitischen Test für die Glaubwürdigkeit des neuen serbischen Präsidenten und der neu zu bildenden serbischen Regierung dar. Eine konsequente Fortsetzung der EU-Konditionalitätspolitik ist hierfür besonders wichtig.

- Für die Verbesserung der serbisch-kroatischen Beziehungen war die Achse Tadić-Josipović ein Glücksfall. Ungeachtet der veränderten politischen Konstellation in Belgrad sollten diese für die regionale Stabilität zentralen Beziehungen – auch im Interesse der EU – nicht auf ein niedriges Niveau zurückfallen.
- Eine konstruktive Politik Belgrads erscheint auch in Zusammenhang mit dem schwierigen Staatsbildungsprozess in Bosnien und Herzegowina notwendig zu sein. Eine mit EU-Zielen kompatible Bosnien-Politik Serbiens sollte klar zwischen der legitimen Unterstützung für die Rechte der Serben als konstitutive Volksgruppe im Nachbarland und der (informellen) Unterstützung für separatistische Bestrebungen der Republika Srpska zu unterscheiden wissen.
- Die neuen Entscheidungsträger in Belgrad besitzen einen größeren politischen Einfluss auf die serbische Bevölkerung im Nord-Kosovo als es bei Tadić und der von seiner Partei geführten Regierung bisher der Fall war. Ein positiver Einfluss Belgrads auf die Beruhigung der Sicherheitslage im Norden Kosovos kann deshalb unter den veränderten politischen Rahmenbedingungen in Serbien von der westlichen Gemeinschaft vehementer eingefordert werden.

Auch das Verhalten des neuen Präsidenten und der neuen Regierung im Hinblick auf den Dialog mit Prishtina/Priština wird sehr bald darüber Auskunft geben, ob Serbien sich auch weiterhin dem „europäischen Weg“ verpflichtet fühlt.